

STAND PUNKTE



Katholischer
Deutscher
Frauenbund

GLEICHBERECHTIGUNG SICHERN – DEMOKRATIE STÄRKEN

Demokratie, Menschenrechte und Gleichstellung müssen aktiv verteidigt werden. Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) setzt sich seit seiner Gründung 1903 für Frauenrechte und gesellschaftlichen Wandel ein. Dabei gilt: Parteipolitische Neutralität heißt nicht, sich nicht politisch zu engagieren. Wer für Gleichberechtigung eintritt, stärkt die Demokratie – und sichert die Zukunft für alle.

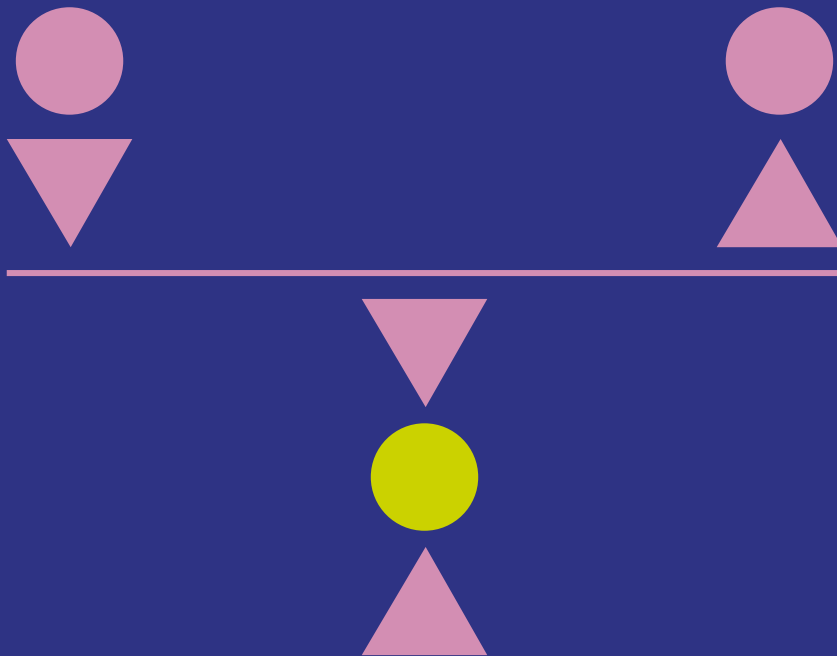
Angesichts der angespannten internationalen Lage, geopolitischer Krisen und der drängenden Herausforderungen unserer Zeit sind politische Stabilität und entschlossene Reformen wichtiger denn je. Die neue Bundesregierung muss den Wandel aktiv gestalten – und dabei eines klarstellen:

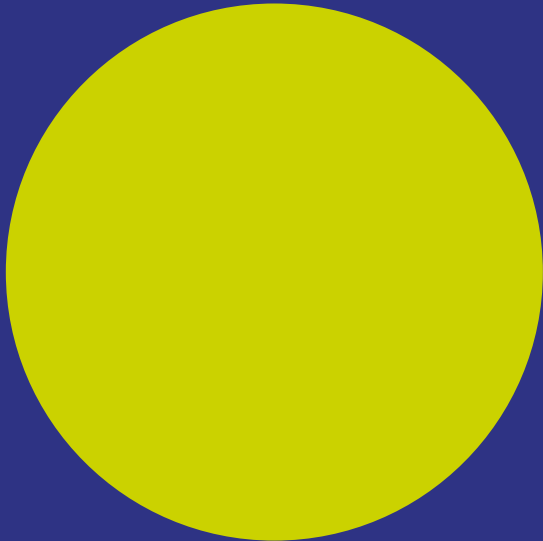
Gleichberechtigung ist kein Randthema, sondern Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Chancengleichheit und gleiche Rechte für Frauen und Männer sind unverzichtbar für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Während Frauenrechte wieder zunehmend infrage gestellt werden, dürfen wir keinen Rückschritt zulassen – im Sinne der Frauen, aber auch der gesamten Gesellschaft. Denn Geschlechtergerechtigkeit sichert soziale, wirtschaftliche und demokratische Stabilität. Vor allem in Krisensituationen zeigt sich schließlich immer wieder, dass vielfach Frauen gesellschaftliches und privates Leben aufrechterhalten, verstärkt Sorgearbeit übernehmen und gleichzeitig doch oftmals in ihren Lebens- und Berufssituationen Benachteiligungen erfahren.

Vor diesem Hintergrund stellt der KDFB im Jahr der Bundestagswahl 2025 seine Standpunkte vor.

KDFB-Bundesvorstand im April 2025





GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Der KDFB tritt für eine Gesellschaft ein, in der Vielfalt anerkannt wird, Diskriminierung keinen Platz hat und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft selbstverständlich ist. Um die tatsächliche Gleichstellung zu fördern, setzt sich der KDFB für ein Paritätsgesetz, einen Gleichstellungs-Check in der Politik und eine geschlechtergerechte Verteilung öffentlicher Mittel ein. Ein intersektionaler Ansatz ist zentral, um Diskriminierungen in ihrer Vielfalt abzubauen und die Rechte aller gesellschaftlichen Gruppen zu stärken – insbesondere in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis.

Zeitpolitik für mehr Gerechtigkeit

Starre Arbeitszeitmodelle und überholte Rollenbilder erschweren es vielen Menschen, Beruf, familiäre Sorgearbeit, Ehrenamt und persönliche Entwicklung zu vereinbaren. Besonders Frauen und Menschen mit Care-Verantwortung tragen weiterhin den Großteil der unbezahlten Arbeit – oft mit negativen Folgen für Berufsweg, finanzielle Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe.

Eine gerechte Zeitpolitik muss diesen Ungleichheiten entgegenwirken, individuelle Lebensentwürfe unterstützen und echte Wahlfreiheit ermöglichen. Dazu braucht es flexible, geschlechtergerechte Arbeitsmodelle, verlässliche Rahmenbedingungen und eine stärkere Anerkennung von Sorge- und Ehrenamtsarbeit sowie Maßnahmen, die eine faire Verteilung von Sorgearbeit ermöglichen.

WIR FORDERN

- * die Erprobung, Erforschung und Weiterentwicklung des Optionszeiten-Modells, das Beschäftigten mehr Flexibilität bietet, um familiäre, berufliche und persönliche Bedürfnisse besser in Einklang zu bringen.
- * Maßnahmen zur gezielten Beratung und ressourcenorientierten Qualifizierung von Frauen und Männern, die nach Phasen der Kindererziehung oder Pflege wieder in den Beruf einsteigen.
- * den betrieblichen Ausbau geschlechtergerechter Arbeitsplatzkonzepte, einschließlich Home-Office und mobilem Arbeiten, um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu fördern.
- * eine rechtlich eindeutige bundeseinheitliche Regelung für die Freistellung von Mitarbeitenden, wenn sie sich für ehrenamtliches Engagement weiterbilden wollen.
- * die Schaffung von mehr vollzeitnahen Teilzeitstellen sowie den Ausbau von Brückenteilzeit und lebenslauforientierten Arbeitszeitmodellen, die den unterschiedlichen Lebensphasen gerecht werden.
- * die Steuerfreibeträge für Einnahmen aus Ehrenamts- und den Übungsleiter*innentätigkeiten anzugleichen, um die Anerkennung ehrenamtlicher Aufgaben zu stärken.
- * dass die zeitweilige Reduzierung der Erwerbsarbeit für Pflege- und Erziehungsaufgaben sich weder negativ auf die Gehaltsstufe noch auf berufliche Aufstiegsmöglichkeiten auswirkt.

Moderne Zeitpolitik bedeutet gerechte Chancen für alle – nun liegt es an der Politik!

Geschlechtergerechte Sorgearbeit

Geschlechtergerechte Sorgearbeit und Lohngerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Noch immer tragen überwiegend Frauen die Last der Sorgearbeit – sei es in der Familie oder in der Pflege. Diese ungleiche Verteilung erschwert nicht nur die finanzielle Unabhängigkeit, sondern wirkt sich auch negativ auf die berufliche und persönliche Entfaltung aus.

Eine faire Verteilung von Sorgearbeit ist entscheidend für echte Gleichberechtigung und eine gerechte Gesellschaft. Der KDFB fordert Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, die Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Beruf aktiv zu gestalten.

WIR FORDERN

- * die konsequente Berücksichtigung individueller Lebensverläufe in der Gleichstellungspolitik, insbesondere eine gerechtere Verteilung der Chancen und Risiken ehemals gemeinsam getroffener Lebensentscheidungen zwischen den Geschlechtern.
- * die Einführung einer zweiwöchigen Freistellung des zweiten Elternteils rund um die Geburt.
- * eine Entgeltleistung für die Pflege von Angehörigen, die Erziehung von Kindern und andere Sorgearbeit.
- * die partnerschaftliche Weiterentwicklung des Elterngeldes, bei dem ein Drittel der Elternzeit elternteilbezogen ist und nicht übertragen werden kann.
- * eine bundesweit flächendeckende Sorge-Infrastruktur, die den gesamten Lebensverlauf umfasst – von der Kinderbetreuung bis hin zur Pflege älterer Menschen.
- * flexiblere Übergänge zwischen häuslicher, ambulanter und stationärer Pflege, um eine bessere Versorgung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu gewährleisten.
- * die Aufwertung von Sorgeberufen und bessere Arbeitsbedingungen für die Menschen, die in diesen Berufen tätig sind.
- * den Ausbau von Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatungsstellen, sowohl institutionell als auch ehrenamtlich.

Gleichstellung braucht eine faire Verteilung der Sorgearbeit!

Finanzielle Unabhängigkeit

Finanzielle Unabhängigkeit ist der Schlüssel zur Gleichstellung. Sie ermöglicht Frauen ein selbstbestimmtes Leben und schützt vor ökonomischer Abhängigkeit. Doch nach wie vor bestehen große Ungleichheiten: Frauen verdienen im Durchschnitt 18 % weniger als Männer, leisten den Großteil unbezahlter Sorgearbeit und sind häufiger von Altersarmut betroffen.

Um gerechte Chancen in der Arbeitswelt zu schaffen, müssen Lohnungleichheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Benachteiligungen in der Altersvorsorge konsequent abgebaut werden. Der KDFB setzt sich für gleiche Bezahlung, sichere Arbeitsverhältnisse und eine faire soziale Absicherung ein – in jeder Lebensphase.

WIR FORDERN

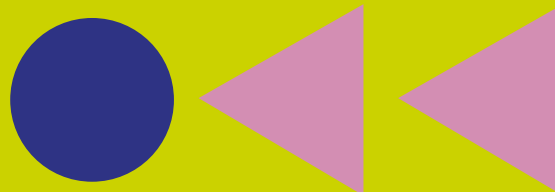
- * geschlechtersensible Berufsberatung, die Mädchen und Frauen gezielt über Karriere- und Verdienstmöglichkeiten informiert.
- * gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit durch gezielte Maßnahmen und Transparenz.
- * Ausweitung des Entgelttransparenzgesetzes auf kleinere Betriebe, um Lohngleichheit umfassend durchzusetzen.
- * mehr Frauen in Führungspositionen durch verbindliche Maßnahmen.
- * Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse zur Absicherung in jeder Lebensphase.
- * eine spürbare Reduktion prekärer Beschäftigungsverhältnisse und eine schrittweise Erhöhung des Mindestlohns, um existenzsichernde Löhne zu garantieren.
- * die Abschaffung der Steuerklasse V und eine stärkere Bewertung der gleichwertigen Besteuerung von Einkommen in Partnerschaften („Faktorverfahren“).
- * die steuerliche Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden.
- * die Abschaffung der Einkommensanrechnung bei der Hinterbliebenenrente, damit Witwen und Witwer finanziell abgesichert bleiben.

Gleiche Chancen, faire Löhne, sichere Zukunft – jetzt ist die Politik gefragt!

Alterssicherung

Altersarmut betrifft immer mehr Menschen in Deutschland – besonders Frauen, Alleinerziehende und Menschen mit Care-Verantwortung. Ursachen wie Einkommensungleichheit, Erwerbsunterbrechungen und unzureichende Rentenansprüche führen dazu, dass viele im Alter nicht ausreichend abgesichert sind.

Die steigende Lebenserwartung stellt uns vor zusätzliche Herausforderungen. Diese können nur durch eine Rentenpolitik gemeistert werden, die soziale Gerechtigkeit über alle Generationen hinweg gewährleistet und die unterschiedlichen Lebensverläufe von Frauen berücksichtigt. Der KDFB setzt sich für eine Rentenpolitik ein, die gerechte Absicherung im Alter ermöglicht und die Ursachen der Altersarmut bekämpft.



WIR FORDERN

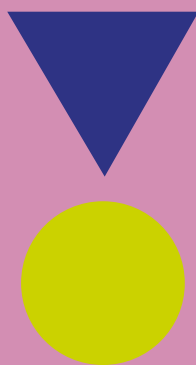
- * Mindestelemente in der gesetzlichen Rente einzuführen, die auch bei geringen Einkommen und Erwerbsunterbrechungen zu einer existenzsichernden Rente führen – insbesondere durch die Ausweitung der Grundrente.
- * Selbständige, die bislang keinem anderen Altersvorsorgesystem angehören, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.
- * Wiederaufnahme der Rentenbeitragszahlungen für Beziehende von Arbeitslosengeld II durch die Bundesagentur für Arbeit, um Rentenlücken zu vermeiden.
- * verpflichtendes Rentensplitting für Ehen und eingetragene Partnerschaften, um Rentenansprüche gerecht zu verteilen. Dies erfordert eine umfassende Übersicht über alle Rentenanwartschaften.
- * die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rente durch einen aus Steuermitteln finanzierten dritten Entgeltpunkt – auch für vor 1992 geborene Kinder.
- * Anrechnung von Pflegezeiten auf Rentenanwartschaften ab dem ersten Pflegegrad.
- * Rentenansprüche aus Kindererziehungszeiten bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Grundsicherung im Alter nicht als Einkommen anzurechnen.
- * Minijobs sozial abzusichern, indem sie in die volle Sozialversicherungspflicht einbezogen werden, so dass Beschäftigte Rentenansprüche erwerben, die über die bisherige Mindestabsicherung hinausgehen.

**Für eine gerechte Rentenpolitik –
für eine sichere Zukunft im Alter!**

Verletzlichkeit des Lebens

Der KDFB setzt sich für eine Gesellschaft ein, die das Leben in all seinen Facetten wertschätzt und die Menschenwürde des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt – von der Geburt bis zum Lebensende.

Als Verband von Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen stehen wir für eine inklusive Gesellschaft, die Vielfalt begrüßt und allen Menschen die Fürsorge und die Unterstützung zukommen lässt, die sie in ihrer individuellen Situation benötigen.



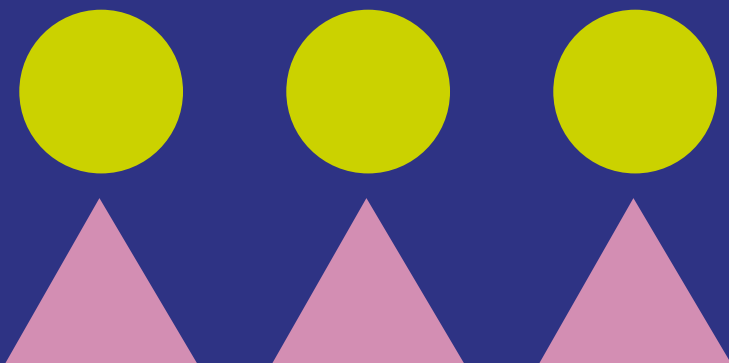
WIR FORDERN

- * den Ausbau ergebnisoffener Beratungsangebote zu pränatalen Test- und Untersuchungsmöglichkeiten, die Schwangeren eine informierte und selbstbestimmte Entscheidung ermöglichen.
- * das Festhalten am Verbot der Eizellspende und der Leihmutterchaft in Deutschland sowie die Ablehnung der Produktion von Embryonen für eine spätere Adoption.
- * umfassende Unterstützung für Eltern von Kindern mit Behinderungen und die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.
- * die Einführung eines gendersensiblen Suizidpräventionsgesetzes.
- * den flächendeckenden Ausbau psychosozialer, psychiatrischer, psychotherapeutischer und seelsorgerischer Versorgung sowie niedrigschwelliger, geschlechtersensibler Beratungsangebote für suizidgefährdete Menschen und ihre Angehörigen.
- * eine stärkere gesellschaftliche Sensibilisierung für Themen wie Suizidalität, Einsamkeit und Isolation durch gezielte Präventionsprojekte.

**Für eine inklusive Gesellschaft, die Leben
in allen Phasen würdigt und begleitet!**

Frauen- gesundheit

Frauengesundheit ist mehr als medizinische Versorgung – sie spiegelt die gesellschaftlichen Bedingungen wider, unter denen Frauen leben und arbeiten. Geschlechterspezifische Unterschiede in Vorsorge, Therapie und Gesundheitsversorgung machen einen ganzheitlichen Ansatz notwendig, der die Lebensrealitäten von Frauen berücksichtigt. Schwangerschaft, Sorgearbeit und Altersarmut dürfen nicht zu gesundheitlichen Nachteilen führen. Der KDFB setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die Frauen ein gesundes, selbstbestimmtes Leben ermöglichen.



WIR FORDERN

- * den Ausbau frauenspezifischer Prävention, Aufklärung und Gesundheitsforschung.
- * eine geschlechtersensible Ausrichtung medizinischer Forschung, Ausbildung und Versorgung.
- * einen erweiterten Mutterschutz, der auch das erste Trimester berücksichtigt, sowie mehr Aufklärung und Forschung zu Fehlgeburten.
- * barrierefreien, kultursensiblen Zugang zu medizinischer Versorgung, Reha-Maßnahmen und psychosozialen Angeboten.
- * eine gestärkte Geburtshilfe mit wohnortnaher Hebammenversorgung, Geburtshäusern und Entbindungsstationen – insbesondere in strukturschwachen Regionen.
- * den flächendeckenden Ausbau psychosozialer Beratungsstellen und Therapieplätze für Frauen mit psychischen Belastungen.
- * die staatliche Förderung von Vorsorge- und Reha-Angeboten für Mütter, Väter und pflegende Angehörige.
- * bessere Rahmenbedingungen in der Pflege und eine stärkere Finanzierung ambulanter Angebote für mentale Gesundheit und Regeneration.

**Frauengesundheit verdient mehr Aufmerksamkeit
– für eine gerechte, geschlechtersensible
Gesundheitsversorgung in allen Lebensphasen!**

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine Menschenrechtsverletzung, die weltweit in vielen Formen auftritt – von häuslicher und sexueller Gewalt bis hin zu digitaler und struktureller Gewalt. Sie bedroht nicht nur die Sicherheit der Betroffenen, sondern untergräbt die Grundlagen einer gerechten Gesellschaft. Der KDFB fordert daher eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, effektive Präventionsmaßnahmen, den Ausbau von Schutz- und Hilfsangeboten sowie eine entschlossene Strafverfolgung.

WIR FORDERN

- * ein klares Bekenntnis gegen Sexismus und Antifeminismus in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- * flächendeckende Bildungs- und Aufklärungsprogramme, um über Gewalt gegen Frauen zu informieren, Mythen abzubauen und Prävention zu stärken.
- * eine bundesweite Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.
- * ausreichende finanzielle Mittel für Schutz- und Hilfsangebote, darunter Notruftelefone, Frauenhäuser, spezialisierte Unterkünfte und barrierefreie Zugänge – auch im ländlichen Raum.
- * ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder, unabhängig vom Ehe- oder Partnerschaftsstatus.
- * eine klare strafrechtliche Einordnung von Femiziden als Mord gemäß §211 StGB.
- * Vorrang des Kindeswohls und Schutz des gewaltbetroffenen Elternteils im Familienrecht.
- * eine Erweiterung von §174c StGB, um sexuelle Gewalt in seelsorglichen Kontexten zu erfassen.
- * konsequente Maßnahmen gegen digitale Gewalt wie Hate Speech und Cybermobbing, inklusive besserer Beratungsangebote.
- * die konsequente Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution, auch durch Änderungen im Aufenthaltsrecht sowie eine länderübergreifende Zusammenarbeit.
- * Einführung eines Sexkaufverbots, der Bestrafung von Freiern und den Prostituiertenschutz.
- * ein verstärktes Vorgehen gegen weibliche Genitalverstümmelung durch Aufklärung, Prävention und eine konsequente Strafverfolgung von Täter*innen sowie umfassende Hilfsangebote für Betroffene.

**Gewalt gegen Frauen geht uns alle an –
konsequentes Handeln ist jetzt gefragt!**

Frauenrechte aus globaler Perspektive

Feministische Außen- und Sicherheitspolitik setzt die Rechte und Gleichstellung von Frauen weltweit in den Mittelpunkt. Sie erkennt, dass Frieden und Sicherheit nur dann erreicht werden können, wenn alle Menschen, unabhängig von Geschlecht oder Herkunft, gleichberechtigt sind. Der KDFB fordert eine internationale Zusammenarbeit, die die Umsetzung der UN-Resolution 1325 stärkt und den Schutz von Frauenrechten sowie die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt in Konfliktgebieten vorantreibt.



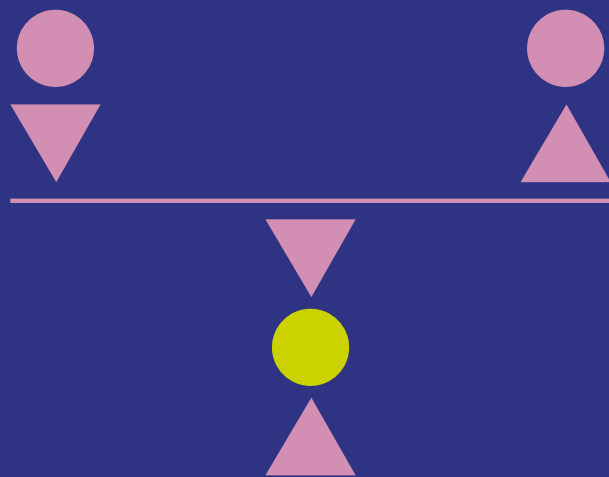
WIR FORDERN

- * die intersektionale Betrachtung von Menschenrechten in der Außenpolitik, die das Zusammenspiel verschiedener Unterdrückungsmechanismen berücksichtigt und marginalisierte Gruppen in den Fokus rückt.
- * die langfristige Unterstützung von Strukturaufbau- und Bildungsprojekten der Zivilgesellschaft, die insbesondere Mädchen und Frauen zugutekommen und ihre Selbstbestimmung stärken.
- * die Bekämpfung von Armut und Fluchtursachen weltweit auf nachhaltige Weise – ohne neokoloniale Abhängigkeiten zu schaffen – sowie die Förderung einer gemeinsamen europäischen Strategie für eine erfolgreiche Integrationspolitik.
- * eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an offiziellen Friedensprozessen als „Agents of Change“, einschließlich der Frauen, die aus Konfliktgebieten geflüchtet sind.
- * die Berücksichtigung frauenspezifischer Fluchtursachen, wie etwa weibliche Genitalverstümmelung, im Asylverfahren.
- * die Einbindung feministischer Akteurinnen und Expertinnen sowie von LSBTQI+-Personen bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik.
- * die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von geflüchteten Frauen und Mädchen durch gezielte Bildungs- und Berufsprogramme.
- * den weltweiten Zugang von Frauen zu Landressourcen, einschließlich des Rechts auf Landbesitz und Erbrecht für Witwen, sowie die Förderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Frauen.

Für eine gerechte und gleichberechtigte Welt – jetzt handeln!

Gemeinsame Verantwortung für unsere Welt

Feministische Klimapolitik verbindet den Kampf gegen den Klimawandel mit der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Sie stellt sicher, dass Frauen und marginalisierte Gruppen in Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels gleichberechtigt einbezogen werden. Der KDFB fordert eine Klimapolitik, die diese Ungleichheiten anerkennt und Frauen als Akteurinnen für Klimagerechtigkeit stärkt.



WIR FORDERN

- * die Verankerung des Prinzips der Nachhaltigkeit im Grundgesetz als grundlegenden Maßstab deutscher Politik und Gesetzgebung.
- * die Anerkennung der Verknüpfung zwischen Klimawandel, Konflikten und Geschlechtergerechtigkeit. Frauen sind besonders von Klimakrisen betroffen und sollten als Lösungsakteurinnen gestärkt werden.
- * die Sicherstellung und Förderung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die sich weltweit für nachhaltige Wirtschaftskreisläufe und die Teilhabe von Frauen einsetzen.
- * die Verpflichtung von Unternehmen in Deutschland, Sorgfaltspflichten in der gesamten Wertschöpfungskette umzusetzen, sowie die Einführung eines europaweiten, wirksamen Lieferkettengesetzes.
- * die Förderung fairer Produktions- und Handelsbedingungen für landwirtschaftliche Erzeuger*innen.
- * die Förderung einer klima- und standortangepassten, umweltverträglichen Landwirtschaft und die Reduktion von Boden- und Lebensmittelspekulationen.
- * die Verstärkung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und effizienteren Energienutzung sowie die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf deutschen Autobahnen als kurzfristige Maßnahme zur CO2-Reduktion im Bereich Mobilität.
- * die Festlegung von Rahmenbedingungen, um die weitere Versiegelung von Böden deutlich zu verringern.
- * den Schutz der bäuerlich-familiären Landwirtschaft vor Übernahme durch Großkonzerne, Landspekulationen und Landraub sowie den Schutz kleinbäuerlicher Strukturen vor staatlichen Investitionsmodellen.

Klimagerechtigkeit ist Geschlechtergerechtigkeit – gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft!



Katholischer
Deutscher
Frauenbund

Herausgeber:
Katholischer Deutscher Frauenbund e. V.
Kaesenstraße 18 | 50677 Köln
www.frauenbund.de

Köln, April 2025